

OZG-Umsetzung: Anspruch und Wirklichkeit

... und dennoch reichlich Zuversicht und Begeisterung

Brain-SCC Jahrestagung 2021

5.5.2021

Marco Brunzel

OZG-Umsetzung: Anspruch und Wirklichkeit

Übersicht

1. Begrüßung, Vorstellung, Motivation
2. OZG - worum geht's?
Gegenstand, Fokus und Ziele – am Beispiel: Digitales Planen und Bauen
3. Einordnung / Bewertung / Positionsbestimmung / Perspektiven
rechtlich, technisch, organisatorisch, gesellschaftlich
4. Potenziale und Grenzen der OZG-Umsetzung
Handlungsbedarf / Handlungsansatz der MRN / Werkstattbericht



2. OZG - worum geht's?

Gegenstand, Fokus und Ziele

- **Digitales Planen und Bauen**
 - Volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung
 - Bezug zur Kommune / Stadt- und Regionalentwicklung
 - 60 von 575 OZG-Leistungen im TF Bauen und Wohnen
- **Gestaltung der digitalen Transformation**
 - OZG – Anspruch und Wirklichkeit > Positionsbestimmung
 - Perspektiven / Handlungsbedarf / Gestaltungsverantwortung
- **Aktiv werden / Gestaltungsverantwortung wahrnehmen bzw. einfordern**
 - auf staatlicher Ebene - Bund / Länder / EU > z.B. MV / IT-PLR / BMI
 - auf gesellschaftlicher Ebene > z.B. Kammern, Verbände, ...
 - auf kommunaler / interkommunaler Ebene > z.B. MRN > Werkstattbericht

Digitale
Königdisziplin

Thesenpapier
/ Kommune 21

Über 2022
hinausdenken

3. Einordnung / Bewertung / Positionsbestimmung / Perspektiven

rechtlich, technisch, organisatorisch, gesellschaftlich

- Rechtlich

- OZG / SDG-VO – Motornormen (vgl. Reformagenda der Bundesregierung 2018)
- LBO – Fachnormen
- Standards – xBau/xPlanung (IT-Planungsrat > EGovG)
- Registermodernisierung, DNG, ... - Datenordnungspolitik

OZG-Buch

- Technisch

- E-Government > Serviceportale, Fachverfahren > EFA
- Smart City > Urbane Plattformen > ML, KI, ... > Digitale Zwillinge / Echtzeit
- Sichere Digitale Identitäten > Digitale Ökosysteme / Vertrauen

Die Daten der
NEUSTADT

- Organisatorisch

- Bund/Länder > Digitaler Entwicklungsrückstand > OZG
- Wirtschaft/Gesellschaft > veränderte Erwartungshaltungen > G2C / G2B / G2G
- Kommunen > zwischen Autonomie / Gestaltungsanspruch und „Schalterhäuschen“

Kommune /
Staat als
Plattform

4. Potenziale und Grenzen der OZG-Umsetzung

Handlungsbedarf / Handlungsansatz der MRN

- Potenzial

- Onlinezugang für Bürger und Unternehmen > Nutzerkonten / Formulare / Rückkanal
- Standards > Bündelung von Leistungen / M2M
- Daten > OnceOnly > Daten als Rohstoff und Ressource > Dateninfrastrukturen
- IT-Einsatz > Neudenken > von agiler Softwareentwicklung über EFA zu echten Plattformen

EFI / NKR

- Grenzen

- Aufgabenorientierte Verwaltung > Zuständigkeiten / Pfadabhängigkeiten / Bürokratie
- EFA / Kommunen > interkommunale Kooperation > Föderales Mehrebenensystem
- Branchenorientiertes E-Government > standortpolitische Interessen / Rationalitäten
- Innovation / Transformation > z.B. Zusammendenken von OZG + UDP + SDI

9 Punkte Plan
Dr. Richter

- Handlungsbedarf / Handlungsansatz MRN

- Branchenorientiert, interkommunal, länderübergreifend
- Innovativ - Zusammendenken von OZG + UDP + SDI – Kooperation Wirtschaft / Wissenschaft
- Vorarbeiten und Synergien gezielt einsetzen / erschließen
- Metropolregionen als Katalysator staatlicher Modernisierung ?

Kanban /
Swimlanes

„Anspruch und Wirklichkeit“

Auszug auf dem ursprünglichen Manuskript / **Thesenpapier** für einen Fachbeitrag zum Stand der OZG-Umsetzung aus kommunaler Ebene (Titelthema) in der aktuellen Ausgabe der Kommune 21

https://www.k21media.de/files/downloads/Kommune21_01_2021_interaktiv.pdf



1. **EFA-Anwendungen im OZG-Prozess als echte Plattform-Lösungen** konzipieren und umsetzen, welche dezentrale IT-Verfahren weitgehend ersetzen und von allen Kommunen deutschlandweit genutzt werden können.
2. Ob Bauwirtschaft, Telekommunikationsbranche oder chemische Industrie – in zahlreichen **Branchen** interagieren Unternehmen täglich mit der öffentlichen Verwaltung. Hier brauchen wir ergänzend zum einheitlichen Servicekonto für Unternehmen eine **industriepolitische Neubewertung der OZG-Umsetzung**. Dabei sollte zugleich auch der **Rollout sicherer digitaler Identitäten** sowie der **Aufbau kooperativer und digital-souveräner Dateninfrastrukturen** mitgedacht werden.
3. **Jedes Bundesland** sollte sich aktiv im Wettbewerb um die besten Lösungen am Aufbau einer föderalen plattformbasierten IT-Architektur für Deutschland und Europa beteiligen. Landesweite IT-Infrastrukturen sollten sich auf leistungsfähige und sichere Netze, Serviceportale und technische Basisdienste konzentrieren / beschränken.

4. **Intensivierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit von Kommunen** – auch und gerade in Bezug auf die Entwicklung, Erprobung und gemeinsame Nutzung innovativer Lösungen für digitale Städte und Regionen. Es spricht viel dafür, dass **urbane Daten- und Plattformarchitekturen wichtige Blaupausen und Lernkurven für die Verwaltungsinformatik der Zukunft** sind.
5. Zudem brauchen wir eine **intelligente Konsolidierung sowie technische Verbünde im Bereich der kommunalen Rechenzentren** – und zwar auf nationaler oder sogar europäischer Ebene. Lieber wenige Gute als viele Drittklassige.
6. Bestehende Kompetenzen im Bereich der in Deutschland seit gut 20 Jahren bestehenden **eGov-Wirtschaft** gilt es strategisch und operativ noch besser in den OZG-Prozess einzubinden. Dabei geht es sowohl um pragmatische Übergangslösungen (Formularserver + Fachanwendungen) als auch um die Transformationsunterstützung dieser Branche in Richtung Plattformarchitekturen/ Apps sowie Künstliche Intelligenz.

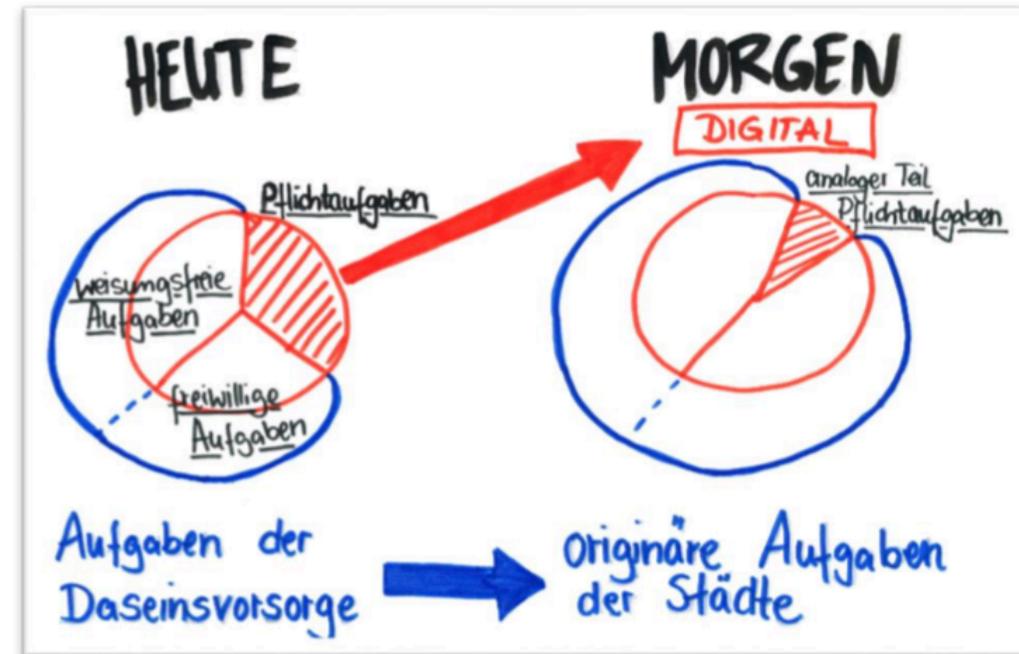
7. Aufbau/Förderung von **regionalen Kompetenzverbänden und Digitalagenturen** für die operative Unterstützung von Kommunen im Prozess der OZG-Umsetzung sowie darüber hinaus (Digitale Transformation). Länderübergreifenden **Metropolregionen** kann dabei eine besondere Transformationswirkung zukommen.
8. Das OZG bildet bestenfalls den Einstieg in die die vernetzte Verwaltung von Morgen. Daher brauchen wir in der öffentlichen Verwaltung **Digitalisierungsstrategien, die deutlich über 2022 hinausreichen**. Zudem gilt es schon heute massiv in Schulung und Weiterbildung zu investieren (z.B. Projekt KommunalCampus).
9. Wir brauchen in Deutschland nicht nur neue Lehrstühle für künstliche Intelligenz, sondern auch vergleichbare Initiativen **im Bereich Staats- und Verwaltungswissenschaften sowie insbesondere auch im Bereich der Verwaltungsinformatik**.

„Dresdner Erklärung“ (IT-Planungsrat 2021)

Essen, Köln, Leipzig, München, Freiburg + DST

Der Weg zur neuen Verwaltung – föderale Revolution statt Reform!

- Rückgabe von digitalisierten Pflichtaufgaben an die Herausgeberebene – Vollzug folgt der Gesetzgebung
- Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen der kommunalen Ebene – Aufgaben der Daseinsvorsorge, Beratung, Service ...



1. Außer Spesen, noch nicht viel gewesen. Die OZG-Umsetzung wechselt von der Aufwärmphase in die Leistungsphase. Jetzt wird sich zeigen, ob sich der gewählte Ansatz bewährt und wie schnell in der Fläche skaliert werden kann. Der Erfolg des OZG ist weiterhin ungewiss.

Trotz der sich ausbreitenden Skepsis besteht weiterhin die Hoffnung, dass 2021 den Wechsel von der Aufwärm- in die Leistungsphase der OZG-Umsetzung markiert. Den Beweis der Flächendeckung und Skalierungsfähigkeit muss die derzeitige OZG-Governance-Struktur aber noch erbringen.

Den Beweis der Flächendeckung und Skalierungsfähigkeit muss die derzeitige OZG-Governance-Struktur aber noch erbringen (vgl. Abb. 2). Wie schnell das Abarbeiten des OZG-Leistungskatalogs erfolgen wird, hängt jetzt vor allem von der Ressourcenlage und den Umsetzungsstrukturen in den Entwicklungsgemeinschaften und vor Ort ab. Hier ist von Engpässen und damit auch von Projektrisiken auszugehen. Obwohl viele Informationen zum OZG zur Verfügung gestellt werden, stehen die Kommunen weiterhin vor der Herausforderung, ob und wie sie EfA-Lösungen nutzen können. Zu welchen Konditionen können Lösungen übernommen werden und welche Individualisierungsmöglichkeiten bestehen, um trotz der Einheitlichkeit einer EfA-Lösung den verbleibenden lokalen Unterschieden gerecht zu werden? Es bleibt kompliziert. Zunehmend sind Stimmen zu hören, die vor einer koordinativen Überforderung warnen und nach Vereinfachungen rufen. Zuletzt appellierten die [KGSt](#) und einzelne Kommunalvertreter, Verwaltungsleistungen, die im Auftrag des Bundes bzw. als s.g. übertragene Aufgaben erbracht werden, gar nicht mehr dezentral verantworten und digitalisieren zu müssen, sondern dafür zentrale Lösungen zu schaffen (vgl. „[Dresdner Forderungen](#)“). Dieser Appell für eine sinnvolle Weiterentwicklung der föderalen Aufgabenverteilung ist bemerkenswert. Angesichts der Herausforderungen im öffentlichen Sektor – nicht nur bei der Digitalisierung – aber auch dringend erforderlich.

Für eine nachhaltigere OZG-Strategie ist es wichtig, all jene Bemühungen zu stärken, die Transaktionskosten und Koordinierungsaufwände senken, die Schnelligkeit von Softwareentwicklungen erhöhen, ihre Nachnutzung vereinfachen und gleichzeitig Innovationskraft und Wettbewerb aufrechterhalten.

2. Trotz positiver Entwicklungen ist die Nachhaltigkeit der gegenwärtigen OZG-Strategie fraglich. Die deutsche Verwaltungsdigitalisierung muss schnellstmöglich in Richtung industrieller Produktionsmuster weiterentwickelt werden. Dafür braucht es zusätzliche Strategiekapazitäten.

Die OZG-Frist ist absehbar nicht zu halten. Die gegenwärtigen Governance-Strukturen erzeugen erhebliche Orientierungs- und Koordinierungsaufwände. Hinzu kommt die Skepsis, ob das eher planwirtschaftlich ausgerichtete EfA-Prinzip zu bedarfsgerechten, dauerhaft innovativen und wirtschaftlich angemessenen Lösungen führt. Somit stellt sich trotz der im Grundsatz positiven Entwicklungen der letzten Jahre die Frage, wie nachhaltig die derzeitige OZG-Strategie ist. Zumal viele OZG-Leistungen zunächst – bis die Registermodernisierung ihre Wirkung entfaltet – nur den Reifegrad 3 erreichen können (Nachweise als Scan) und schon jetzt ein erheblicher Weiterentwicklungsbedarf erkennbar ist. Außerdem beschreibt auch Reifegrad 4 (Registerabfragen statt Scan-Nachweise) noch nicht das Ende der Entwicklung. Diese wird in Zukunft noch viel stärker in Richtung antragsloser, individualisierter und automatisierter Leistungserbringung gehen.

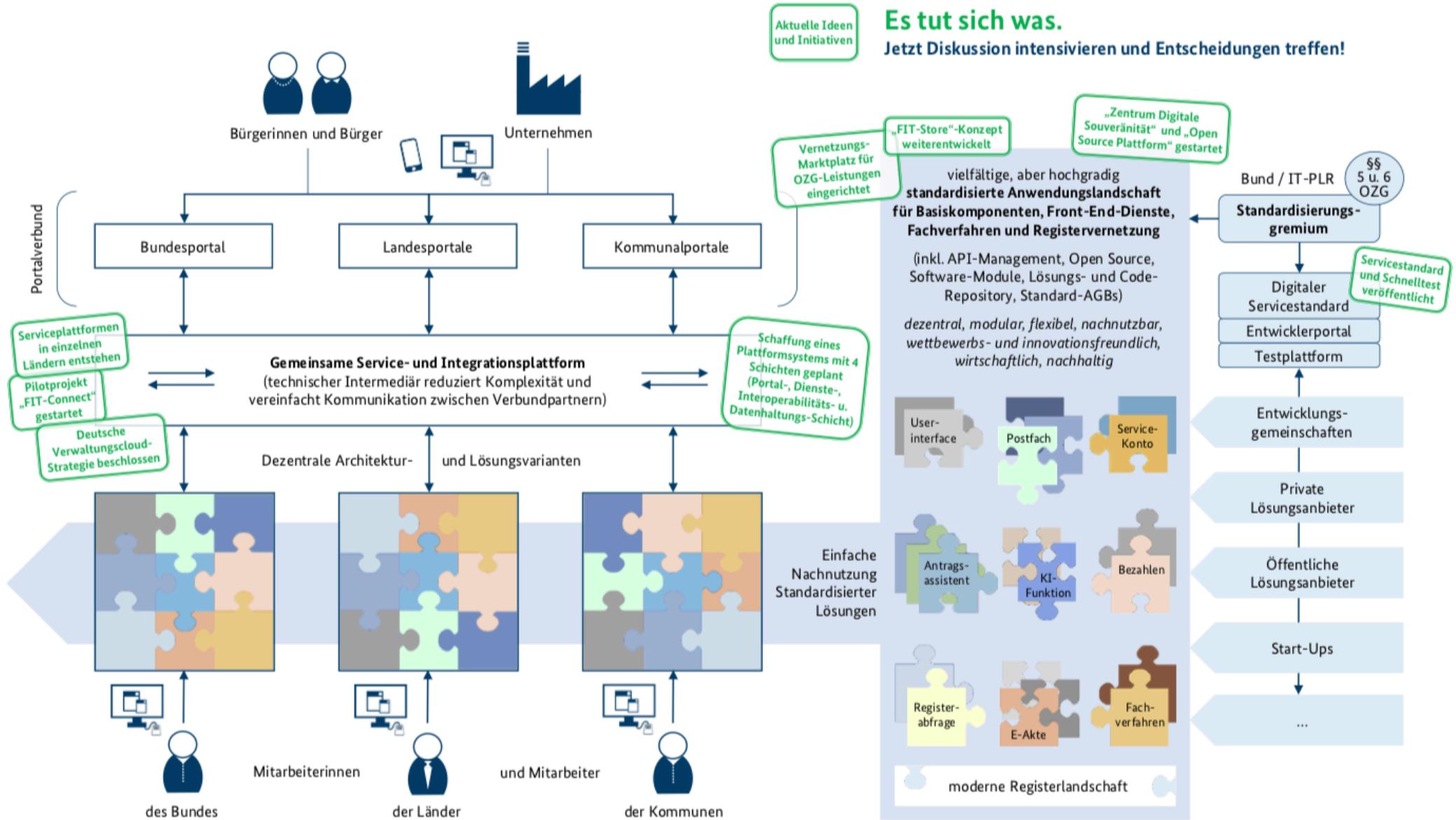
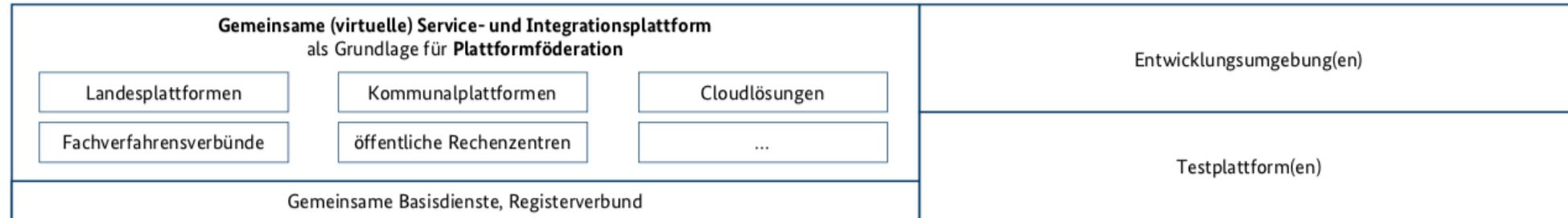


Abb. 4: Innovation, Wettbewerb und Nachnutzbarkeit durch Standardisierung – Elemente und Prinzipien einer föderalen E-Government-Architektur (Vorschlag NKR mit Hinweis auf aktuelle Entwicklungen, Stand 1.5.2021)



App-Store berücksichtigt Architekturansforderungen und hält passgenaue Lösungen bereit. Entwicklungsumgebungen und Testplattformen erleichtern standardkonforme Entwicklung.



Digitaler Servicestandard, Architekturmanagement

Abb. 5: Austausch- und Beschaffungsplattform für standardisierte IT-Lösungen – Elemente und Prinzipien eines App-Store für die Verwaltung (Vorschlag NKR, Stand 1.9.2020)

Planen und Bauen

Gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung | Kontinuität und Wandel



- Langfristige Prägung des Natur-, Stadt-, Kultur- und Lebensraums
- Schaffung konstitutiver Strukturen, Identitäten und Orientierungen
- Dauerhafte Vorfestlegungen für zukünftige Generationen



- Technologien / Innovationen verändern Stadt und Staat / Gesellschaft
- Energie, Mobilität, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Klima
- Digitalisierung, Open Government, Smart City / Smart Region, KI

<https://www.google.de/search?hl=de&q=Leonberg&tbm=isch&itbs=simg:CAOSkQELiU1DyV3z5rzh0ELEKIU2AQaAAwLElCMowrYAnoCAMSicoDlwQNA4wDxAnbeAHS44DasOr5DIOX90z4zIK9A7VhKroGIBI04rceX6hW9OPsTFdFkw12xXosm->

<https://www.google.de/search?hl=de&q=Seenetwork+smart+city&tbm=isch&itbs=simg:CAOSkQELiU1DyV3z5rzh0ELEKIU2AQaAAwLElCMowrYAnoCAMSicoDlwQNA4wDxAnbeAHS44DasOr5DIOX90z4zIK9A7VhKroGIBI04rceX6hW9OPsTFdFkw12xXosm->

Metropolregion Rhein-Neckar 2025

Strategische Handlungsfelder der Regionalentwicklung



Öffentliche Verwaltung als „Betriebssystem“ der Gesellschaft

(Sicherstellung der „Handlungsfähigkeit“ im Spannungsverhältnis von Resilienz/Robustheit und Wandlungsfähigkeit/Agilität)

Vom Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ zur Digitalen Modellregion Rhein-Neckar („bekannt und anerkannt“)



2010: Start des Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“

2015: Verlängerung Modellvorhaben und Vereinbarung der Ministerpräsidenten zum Thema „Digitale Modellregion“

2017: Metropolregion Rhein-Neckar ist als „Modellregion für intelligent vernetzte Infrastrukturen“ (BMWi) Ausrichter des Digitalgipfels der Bundesregierung



Digitalisierung und E-Government

Entwicklung Portfolio / Ergebnisse und Ausblick

2006-2009	2010-2015	2016-2020	2021-2025
Moderne Verwaltung interkommunale Projekte	Kooperatives E-Government Modellvorhaben, CIO-Projekte	Innovation + Erprobung Experimentierfelder / Reallabore	Vernetzte Verwaltung als Standortfaktor
<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungsdurchklick (Portalverbund) - Regionaler Handwerkerparkausweis - Behördennummer 115 (Einer-für Viele / SSC) - Einreiseoptimierung für Fach- u. Führungskräfte - E-Vergabe / Auftragsboerse.de - „Wirtschaft trifft Verwaltung“ (RK / AK) 	<ul style="list-style-type: none"> - Verwaltungspraxis für Autokrane - Umweltrechtliche Berichtspflichten (E-LISA / P23R) - Kompetenzen (DHBW-Studiengang eGov/Orga) - Geodaten / GeoNet.MRN - Virtuelles Bauamt - ... 	<ul style="list-style-type: none"> - Intelligente Vernetzung (Modellregion) - Digitalgipfel Bundesregierung - Digitaler Straßenraum (xDataToGo) - OZG-Umsetzung (z.B. Breitbandausbau) - Metropolatlas Rhein-Neckar - Wettbewerb Reallabore (Planen und Bauen) - KommunalCampus - ... 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Intensivierung und Professionalisierung der Zusammenarbeit 2. Innovations- und Erprobungs- bzw. Schaufensterregion (G2B / Daten / SDI) 3. Umsetzungsregion („Rollout + Skalierung“)

Generelle Ziele

- **Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung** (z.B. M2M-Lösungen, SDI, E-Rechnung)
- MRN als Innovations- und Erprobungsraum (Sichtbarkeit, Reputation, Förderprojekte)

Fachlicher Fokus

- Digitalisierung in **Planen und Bauen**
- **Digitaler Straßenraum / Breitbandausbau**
- Digitalisierung und Automatisierung **umweltrechtlicher Berichtspflichten**

Strategische Aspekte

- **Zusammenarbeit mit MRN-Ländern** (z.B. Pilotkommunen, Referenzimplementierungen)
- **Zusammenarbeit mit Bund/EU** (Reallabore, Registermodernisierung, OnceOnly, SDG-VO)

Seite 24

Informationssicherheit

Behörden Spiegel / August 2020

Den in einer zunehmend datengetriebenen Wirtschaft und Gesellschaft muss auch die öffentliche Verwaltung beginnen, in plattformbasierten Organisationsmodellen und digitalen Ökosystemen zu denken. Dazu sollten Bund, Länder und Kommunen im OZG-Umsetzungsprozess im Sinne eines ersten Schritts stärker auf einen "branchenorientierten Ansatz" setzen und sich zudem möglichst gleichzeitig mit der Konzeption und dem Aufbau kooperativer Dateninfrastrukturen beschäftigen. Die Metropolregion Rhein-Neckar beschäftigt sich im Rahmen des länderübergreifenden Modellvorhabens "Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen" aktuell intensiv mit beiden Handlungsfeldern.

Unternehmen brauchen eine vernetzte Verwaltung

In unserem bestehenden aufgabenorientierten föderalen Organisationsmodell der öffentlichen Verwaltung kümmern sich ca. 20.000 Verwaltungen auch um die Belange von 3,6 Millionen Unternehmen. Deren gesellschaftliche bzw. volkswirtschaftliche Relevanz für Wohlstand und Beschäftigung aber auch für Versorgungssicherheit,

Pionierarbeit an Rhein und Neckar

MRN mit starkem Fokus auf branchenorientiertem E-Government

(BS/Stefan Elberth/Mario Altreiter/Marco Brunzel*) Bund und Länder sollten bei der weiteren Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zwingend einen branchenorientierten Ansatz verfolgen. Nur so lassen sich OZG und digitale Souveränität optimal miteinander verbinden. Im Rahmen der laufenden Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes gilt "Kundenorientierung" als zentrales Paradigma für die Entwicklung und Umsetzung digitaler Angebote. Durch die direkte Einbeziehung von Bürgern oder einzelner Unternehmen in die Konzeption, Entwicklung und Erprobung sollen Leistungen "kundenfreundlicher" werden. Dieser Ansatz ist löblich, greift aber in Bezug auf die anstehende, umfassende Gestaltung des digitalen Wandels in Deutschland und Europa deutlich zu kurz.



Die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas.

Foto: BS/Rhein-Neckar, Tobias Schwerdt

den Gremien etc.) eine große von komplexen Beteiligungsver- beitskreis der 26 unteren und raums. Neben den begrenzten Bedeutung zu. In der Metro- fahren und Bauanträgen. Vieler drei oberen Baubehörden der baulichen Kapazitäten gelten

nerell voranzubringen, hat sich die Metropolregion Rhein-Neckar erfolgreich um die Anwendung und spezifische Erweiterung der Standards XBau/XPlanung im Bereich des Breitbandausbaus bemüht. Dies wiederum bildet eine entscheidende Voraussetzung für den Aufbau kooperativer Dateninfrastrukturen sowie damit im Zusammenhang stehenden Möglichkeiten einer tagesaktuellen und automatisierten Abbildung verkehrlicher Einschränkungen im Straßenraum (u. a. als Beitrag zur Verbesserung des Wirtschaftsverkehrs). Dies wiederum bildet einen regionalen Beitrag zum Aufbau sektorspezifischer bzw. sektorübergreifender nationaler und europäischer Dateninfrastrukturen auf der Grundlage zukunftsweisender Architekturkonzepte (Once-Only, Gaia-X), bereits etablierter Standards und Datenmarktplätze (beispielsweise INSPIRE, MDM) sowie sicherer digitaler Identitäten für Personen, Institutionen und Objekte.

Fazit

Ein branchenorientierter Ansatz kann dazu beitragen, mit der laufenden OZG-Umsetzung im Bereich der Wirtschaft zugleich einige Synergien im Be-

Fokusthemen 2020: **Umsetzung des OZG**

Fachliche Handlungsschwerpunkte

Digitalisierung in Planen und Bauen

- **Mitarbeit im Themenfeld**
(60 Leistungen, Federführung MV, Einbindung Leitstelle xBau/xPlanung, BMI, Bayern, etc.)
- **MRN als OZG-Rolloutregion als Katalysator für Umsetzung der Novellierungen der LBO RLP + BW**
(Nachnutzung und Zusammenführung fachlicher und technischer Vorarbeiten aus MV und HH, mögl. Kooperation SN)
- **Ausblick (BMW-Innovationspreis 2020)**
(Synergien durch Schaufenster Sichere Digitale Identitäten / Reallabor-Projekt)

Breitbandausbau / Digitaler Straßenraum

- **Referenzimplementierung einer tendenziell bundesweiten Lösung für Anträge gemäß § 68 TKG**
(in enger Zusammenarbeit mit RLP/HE, 8-10 Pilotkommunen + Pilotunternehmen sowie ekom21)
- **Synergien / Nutzen**
(Experimentierfeld xDataToGo / Entwicklungskooperation mit Stadt Ludwigshafen – u.a. Trassenplanung, Aufgrabe-Genehmigung, Verkehrsrechtliche Genehmigung / Baustellen + LKW-Routing)

Anlagenbetrieb / umwelt- rechtliche Berichtspflichten

- **Referenzimplementierung Anlagenbetrieb**
(Digitalisierung und Automatisierung umweltrechtlicher Berichtspflichten, in enger Zusammenarbeit mit RLP/HE)
- **Synergien / Nutzen**
(branchenorientiertes E-Government, Registermodernisierung, Entwicklung umweltbezogener Informations- und Cockpitssysteme / SDG-Prozess sowie Synergien Anlagengenehmigung gem. BImSchG und digitale Baugenehmigung)

Branchenorientiertes E-Government in der Praxis

Genehmigungsverfahren bei BASF in Ludwigshafen

Verbundstandort Ludwigshafen

Besondere Herausforderungen der genehmigungsrechtlichen Services



02.10.2020 | Digitale Genehmigungsverfahren (Böhme, BASF)

Branchenorientiertes E-Government in der Praxis

Genehmigungsverfahren bei BASF in Ludwigshafen

Verbundstandort Ludwigshafen

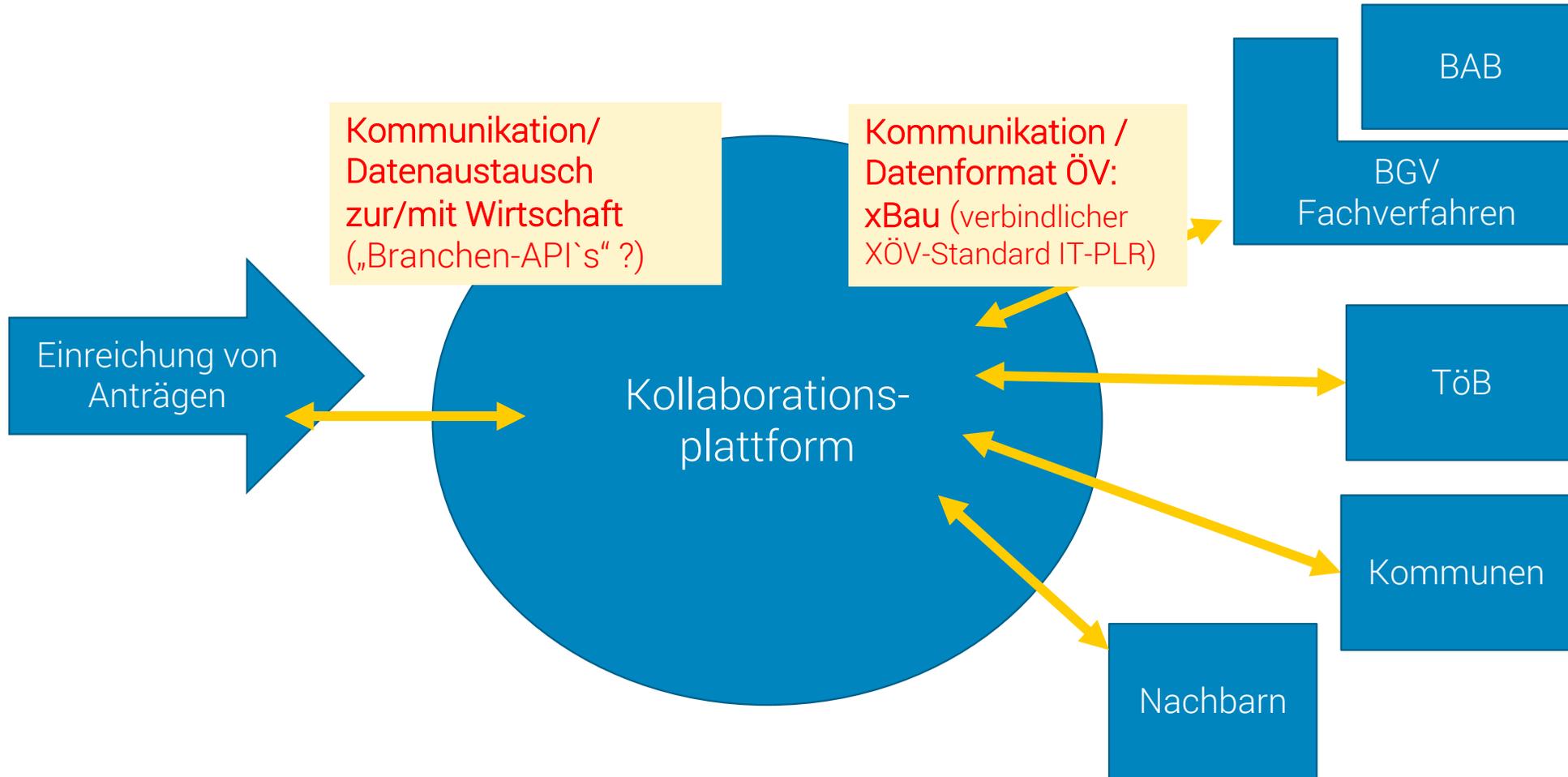
Besondere Herausforderungen der genehmigungsrechtlichen Services

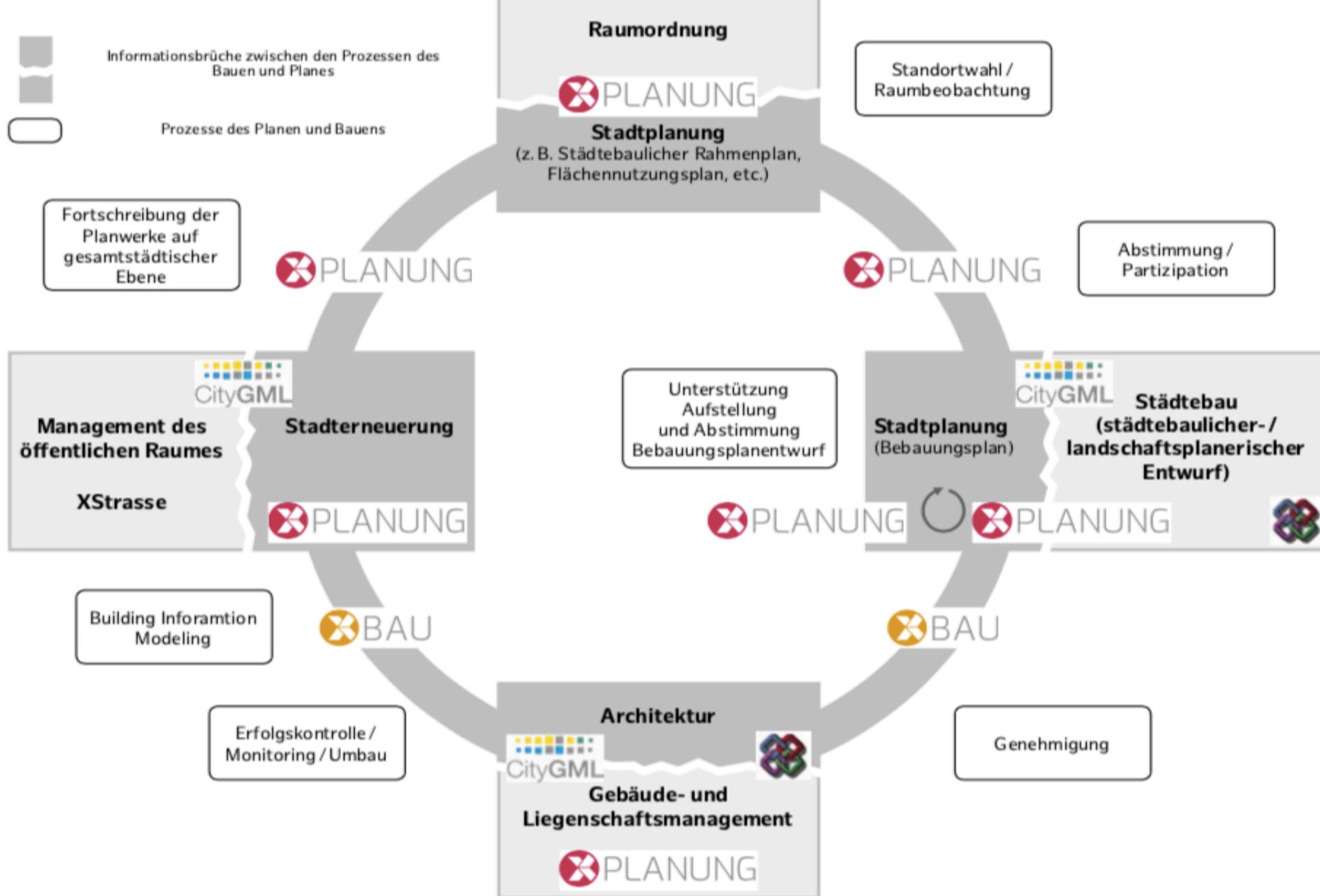
Etwa 500
Genehmigungsverfahren
pro Jahr in Papier mit
mehrfachen
Ausführungen und
Originalunterschriften



Projekt Virtuelles Bauamt der Metropolregion Rhein-Neckar

Rolle und Funktion der Kollaborationsplattform

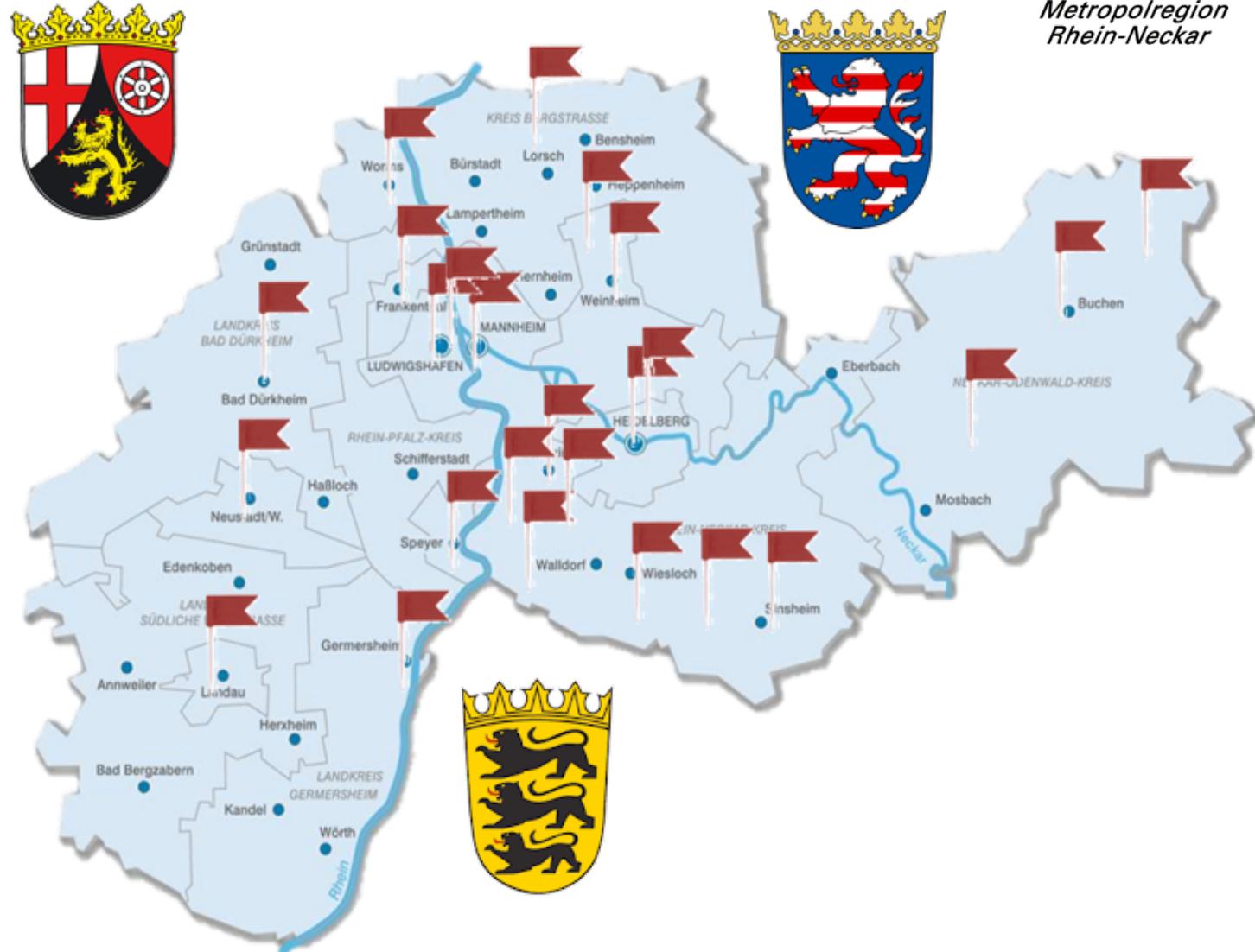




Projekt „Virtuelles Bauamt“

Projektbeteiligte

- CIO-Patenschaft mit dem Innenministerium BW + WiMi BW
- 26 untere + 3 obere Baubehörden (Drei Landesbauordnungen!)
- Pilotkommunen: Rhein-Neckar-Kreis, Weinheim, Schwetzingen
- Entwurfsverfasser und deren Verbände (BW, HE, RLP)

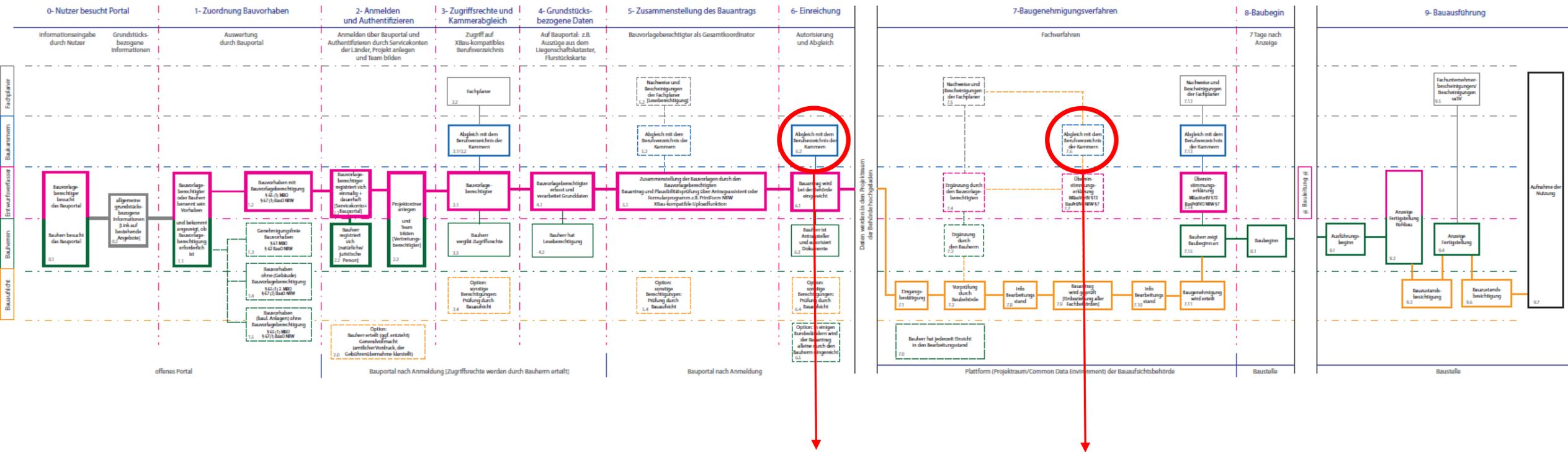


Digitales Baugenehmigungsverfahren

Prozessmodell der Bundesarchitektenkammer

Digitaler Bauantrag - Referenzprozess aus Sicht des Entwurfsverfassers

Stand: 2019-10-24, MNW



Bauvorlagenberechtigung

Branchenorientiertes E-Government

Zusammenarbeit mit allen baurelevanten Wirtschaftsverbänden



Fokusthemen 2020: Sichere Digitale Identitäten

Die MRN als Modellregion für sichere digitale Prozesse



Ihre ID



Netzwerk smarter Städte und Regionen in Deutschland
 v/c: marco.brunzel@mrn-rn.com
 Stand: 8.3.2021

Digitale Identitäten als Erfolgsfaktor für smarte Städte und Regionen - zukunftsweisende Infrastrukturen jetzt interkommunal aufbauen und nutzen

Gemeinsame Erklärung der für die Umsetzung kommunaler, interkommunaler bzw. regionaler Projekte im Bereich Smart City / Smart Region verantwortlichen Projektleiter/Innen bzw. CIO/COOs

Die fortschreitende Digitalisierung und Vernetzung eröffnet in Wirtschaft und Gesellschaft vielfältige Effizienz- und Gestaltungspotenziale. Die Erschließung dieser Potenziale für Deutschland und Europa setzt jedoch eine **flächendeckende Verfügbarkeit, umfassende Bekanntheit sowie breite Nutzung sicherer digitaler Identitäten** voraus. Die dafür notwendigen rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen sind inzwischen weitgehend vorhanden. Beste Voraussetzungen also, um auf dieser Basis eine interkommunale Initiative zu starten, um die **Potenziale sicherer digitaler Geschäftsprozesse für Bürgerinnen und Bürger sowie für ortsansässige Unternehmen** zielgerichtet zu erschließen und darauf aufbauend in möglichst vielen Anwendungsbereichen neue digitale Innovationen zu befördern.

Die Unterzeichner dieser Erklärung verbindet die gemeinsame Mission, auf der Grundlage neuer datenbasierter Technologien, Städte und Gemeinden, Landkreise und Regionen aktiv dabei zu unterstützen, ihre jeweiligen anspruchsvollen (lokalen/regionalen) strategischen Entwicklungsziele - z.B. in Bezug auf die Handlungsfelder **Ressourceneffizienz/Nachhaltigkeit, Lebensqualität/Kultur, wirtschaftliche Attraktivität und Innovation und/oder bürgerschaftliches Engagement** - bestmöglich zu erreichen oder sogar zu über-treffen. In der Zusammenschau leisten diese „**kommunalen Vorreiter der Digitalisierung**“ zugleich einen gesamtgesellschaftlich wichtigen Beitrag in Bezug auf die Erschließung der vielfältigen Potenziale der Digitalisierung hinsichtlich der Bewältigung einer Vielzahl gesellschaftlicher Herausforderungen (Klima-

- | | |
|------------------------------------|--|
| Bad Belzig | Roland Leisegang , Bürgermeister |
| Bamberg | Frank Friedrich , Stabsstelle Digitalisierung
Sascha Götz , Programmleiter Smart City Bamberg |
| Darmstadt | Dr. Christian Schachtner , Stabsstelle Prozessmanagement und Agilität
Jochen Partsch , Oberbürgermeister Wissenschaftsstadt Darmstadt |
| Freiburg im Breisgau | Jochim Fröhlich , CIO Wissenschaftsstadt Darmstadt
Martin Horn , Oberbürgermeister |
| Leipzig | Bernd Mutter , Digitalisierungsbeauftragter
Ulrich Hörning , Bürgermeister Stadt Leipzig |
| München | Dr. Beate Ginzel , Amtsleitung Digitale Stadt |
| Kaiserslautern | Thomas Bönig , CDO der Stadt München |
| Köln | Prof. Dieter Rombach , CDO
Prof. Dörte Diemert , Stadtkämmerin |
| Mannheim | Sabine Möwes , Stabsstelle Digitalisierung
Christian Specht , Erster Bürgermeister |
| Metropolregion Rhein-Neckar | Dr. Robert Thomann , Projektleiter Smart City Mannheim
Dr. Christine Brockmann , Geschäftsführerin |
| Ulm | Marco Brunzel , Bereichsleiter Digitalisierung und E-Government
Gunter Czisch , Oberbürgermeister
Sabine Meigel , Geschäftsstelle Digitale Agenda |



bestehende/etablierte regionale und landesweite Netzwerke, Projektgruppen, Multiplikatoren in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Reallabor „Digitales Planen und Bauen“

Regionalkonferenz der Metropolregion Rhein-Neckar am 21.11.2019



- Wirtschaft trifft Verwaltung
- Alle Akteure an einem Tisch
 - Verbände und Unternehmen
 - Bund, Länder und Kommunen
 - Verwaltungen und Behörden
- diskutieren über
 - Digitales Planen und Bauen
 - Gemeinsames Vorgehen

→ Partner im Reallabor „Planen und Bauen“

Digitales Planen und Bauen

Übersicht / Einordnung

	Gestern	Heute	Morgen
Fachlicher Fokus	Anwendungsunterstützung	Prozessunterstützung <i>Senkung von Bürokratiekosten</i>	Projektunterstützung / Gesamtergebnis <i>Wirkung/Impakt: z.B. Fertigstellungen, Ressourceneinsatz Erfüllungsaufwand in Verwaltung + Wirtschaft (Zeit, Geld, Co2)</i>
Technikeinsatz	Einzelne IT- Werkzeuge	Integrierte (Fach-)Anwendungen, Online-Module / Serviceportale	Plattformen / Dienste / M2M / Apps (öffentliche/private Intermediäre) 2
Daten	Digitale Dokumente (Pläne und Akten)	Standardisierte Daten und Schnittstellen (XÖV, FIM, GML/IFC,..., Dienste)	Datenmodelle / BIM (3D, VR/AR, 4D/5G) Datenbasierte Wertschöpfungsketten (Urbane Plattformen, Datenmarktplätze) 1
Struktur (Paradigma)	Aufgabenorientierte Verwaltung	Kunden-/Nutzerorientierte (Einzel-Verwaltung / E-Government „Portalverbund“)	Vernetzte Verwaltung / Staat als Plattform (OnceOnly / DigitalFirst) 3

Reallabor Digitales Planen und Bauen

Wettbewerbsbeitrag BMWI 2020

Bereitstellung von relevanter digitaler Planungsdaten

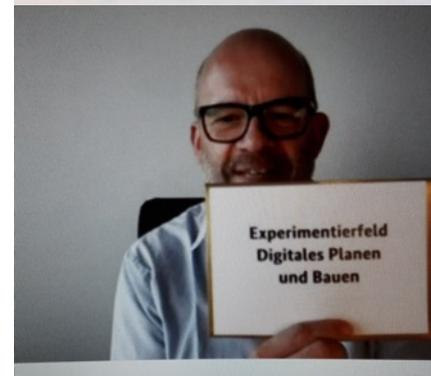
Regionale / länderübergreifende Plattform:

- Flächendeckende Bereitstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen (26 untere Baubehörden)
- Erweiterung des Metropolatlas Rhein-Neckar umbaubezogene Themenkarten und Dashboards
- Informationen über öffentliche Infrastrukturen und deren Erreichbarkeiten sowie raumbezogene Analysen

Digitale Projekträume für Teamarbeit und Beteiligung

Projekt Virtuelles Bauamt:

- Mit- und Nachnutzung konzeptioneller und technischer Vorarbeiten (insb. auf Basis von OpenSource-Software) aus dem Prozess der OZG-Umsetzung sowie vergleichbarer Projekte in anderen Regionen (z.B. HH)
- Direkte Einbindung der Wirtschaft (AK Entwurfsverfasser)



Förderung/Einsatz sicherer digitale Identitäten

Digitale Ökosysteme und datenbasierte Wertschöpfungsketten:

- Experimentelle Anbindung verfügbarer bzw. im Aufbau befindlicher Register (z.B. Architektenkammer)
- Erprobung einer integrierten Wallet zur zentralen Administration von personen-, unternehmens-, sowie objektbezogenen sicheren digitalen Identitäten

Verbesserung/Verkürzung von Planungsprozessen

Hoch- und Tiefbau, Digitaler Straßenraum und Anlagenbetrieb:

- Schnellere Bereitstellung von Wohnraum
- Effizientere Prozesse im Straßenraum (z.B. Breitband)
- Digitalisierung und Automatisierung umweltrechtlicher Berichtspflichten

Branchenorientiertes E-Government

Zielbild 2025



Überschaubare Anzahl von Bau- und Plattformen

- Maschinenlesbares Planungsrecht
- Zugriff auf Vielzahl von planungsrelevanten Daten (Statistik, Karten, Echtzeit/Analysen)
- Integrierte Werkzeuge für Kollaboration und Beteiligung
- Maschinell übermittelter BIM-basierter Bauantrag als Regel
- Maschinelle Vorprüfungen durch KI
- Integration sämtlicher baubezogener Antragsprozesse > Baustelleneinrichtung, Sondernutzung, ...
- nahtloser Übergang in andere Datenplattformen und Ökosysteme (z.B. A1-Bescheinung)
- Abwicklung von Rechnungsverfahren bei öffentlichen Bauten
- ...

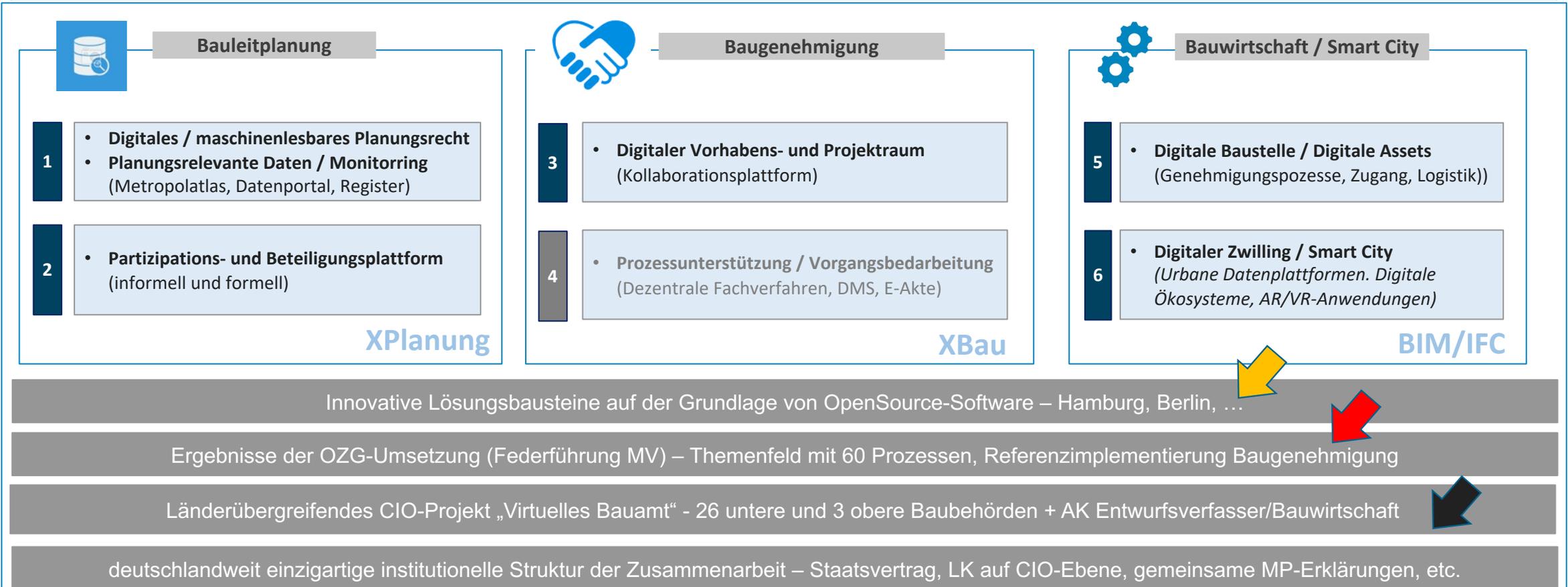
Wie kommen wir dahin?

- **Interkommunale Kooperation** > Fachliche Communities + Netzwerk der Innovationseinheiten
- **Innovation / Experimentierfelder** > Sektorübergreifende Ansätze > Förderung von OpenSource-Software
- **Transfer** > Neue Modelle für Nach- und Mitnutzung (von Komponenten) sowie Rollout (Projekte)

Digitales Planen und Bauen

Technisches Umsetzungskonzept

Reallabor / Experimentierfeld Digitales Planen und Bauen



Modellvorhaben Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen

Verlängerung / Verstetigung 2021-2025






Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“
9. Sitzung des Lenkungskreises auf Chefebene

Am: 31.03.2021, 14:00h bis 16:00h, Videokonferenz: [Anmeldelink](#)

Teilnehmer:
Verband Region Rhein-Neckar

Stefan Dallinger
Landrat Rhein-Neckar-Kreis
Verbandsvorsitzender

Ralph Schlusche
Verbandsdirektor

Baden-Württemberg **MD Stefan Krebs**
Ministerium für Inneres, Digitalisierung
Migration Baden-Württemberg

Vorbereitung durch:
Peter Rommel, IT, E-Government, Ve

Hessen **Sts. Patrick Burghardt**
Hessische Staatskanzlei

Vorbereitung durch:
Detlef Knapp, IT-Planungsrat und ebe
Zusammenarbeit

Rheinland-Pfalz **Sts. Randoiph Stich**
Ministerium des Innern und für Sp

Vorbereitung durch:
Marcel Baffo, IT-Zentralstelle, Breitba

MRN **Dr. Christine Brockmann**
Geschäftsführerin Metropolregion

Marco Brunzel
Leitung Bereich Digitalisierung und

Barbara Herrera, Assistentin Digit






Über 2022 hinausdenken – OZG-Umsetzung als Meilenstein für den digitalen Wirtschaftsstandort Deutschland nutzen

Positionspapier zur Neubewertung der OZG-Umsetzung in Bezug auf die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung

Entwurf / Stand: 23.3.2021

Aufbauend auf einer vorgeschalteten Änderung des Grundgesetzes (Art. 91c Abs. 5 GG) haben Bund und Länder mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) eine beispiellose Digitalisierungsoffensive im Bereich






Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“

Sachstandsbericht zum Handlungsfeld Digitalisierung in Planen und Bauen

Entwurf / Stand: 23.3.2021

Gegenstand und Einordnung OZG






9. Sitzung des Lenkungskreises
am 31. März 2021, 14:00 – 16:00 Uhr (als Videokonferenz)

Ergänzende Hinweise zur Agenda und den Beschlussvorlagen (Hintergrundpapier)

Stand: 16.3.2021

Generell (übergreifend)

Das länderübergreifende Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ ist ein Erfolgsmodell. Aufbauend auf verschiedenen konzeptionellen Vorarbeiten und Pilotprojekten sowie einem Verständnis von Verwaltungszusammenarbeit und Entbürokratisierung als Handlungsfeld der Regionalentwicklung bildet das Modellvorhaben seit 2010 die institutionelle Grundlage für eine deutschlandweit beispiellose Entwicklung und Positionierung der Metropolregion Rhein-Neckar im Bereich der interkommunalen und ebenübergreifenden Verwaltungszusammenarbeit im föderalen Mehrebenensystem. Als wichtige länderübergreifende Wirtschaftsregion mit nationaler bzw. europäischer Strahlkraft liegt der inhaltliche Fokus der Arbeit der MRN im Bereich E-Government bereits seit vielen Jahren im Bereich der bestmöglichen Optimierung von Schnittstellen und Prozessen zwischen Wirtschaft und Verwaltung (branchenorientiertes E-Government, Government-to-Business). In diesem Handlungsfeld gehört die Metropolregion Rhein-Neckar bundesweit zu den Vorreitern. Dieser Erfolg basiert ganz wesentlich auf den übergreifend branchenspezifischen ClO-Patenschaften der Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz im Rahmen des Modellvorhabens.

Von der systematischen Entwicklung und Bündelung fach- und branchenspezifischer Kompetenzen im Bereich E-Government sowie entsprechender konzeptioneller Vorarbeiten und Projekte profitiert aktuell vor allem die OZG-Umsetzung. Die Metropolregion Rhein-Neckar ist hier u.a. in den OZG-Leistungsbündeln Breitband/Digitaler Straßenraum und Anlagenbetrieb und -prüfung (umweltrechtliche Berichtspflichten) regional und bundesweit aktiv und koordiniert an der Seite und im Auftrag ihrer Bundesländer als leistungsverantwortliche die Umsetzung/Digitalisierung entsprechender Verwaltungsleistungen. Zudem engagiert sich die MRN aktiv im OZG Themenfeld Bauen & Wohnen und konzentriert sich in diesem Handlungsfeld vor allem auf die Umsetzung des OZG in Bezug auf baurechtliche Genehmigungsverfahren sowie die Erstellung kommunaler/regionaler Planwerke (Bauleitplanung/ Regionalplanung).

Vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung digitaler Daten (als Rohstoff und Ressource) sowie sicherer digitaler Identitäten als einem fundamentalen Baustein für den Aufbau digital-sovereigner Plattformen bzw. datenbasierter Ökosysteme beschäftigt sich die MRN im Rahmen des Modellvorhabens seit einigen Jahren auch verstärkt mit diesen „neuen“ Themen – und zwar sowohl inhaltlich/konzeptionell als auch praktisch/technisch. Beispiele dafür sind der Metropolatlas Rhein-Neckar und ein regionales Datenportal (als erste Bausteine einer im Aufbau befindlichen kooperativen Dateninfrastruktur), zahlreiche datenschutzkonforme internetbasierte Werkzeuge für die interkommunale Zusammenarbeit (z.B. im Bereich der 22 Ausländerbehörden), eine länderübergreifende Rollout-Strategie für Sichere Digitale Identitäten (SDI) sowie der Aufbau der länderübergreifenden Weiterbildungsplattform für modulare qualitätsgesicherte Weiterbildungsinhalte für die Kommunalverwaltung (KommunalCampus).






Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“

Beschlussvorlage zur 9. Sitzung des Lenkungskreises auf Chefebene am 31. März 2021 online (TOP 3b)

Weiterentwicklung/Stärkung der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) als länderübergreifende Vorreiterregion in Bezug auf die Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen zwischen Wirtschaft und Verwaltung (Branchenorientiertes E-Government 2030)

Entwurf / Stand: 26.3.2021

1. Gegenstand und Sachstand

Das 2010 gemeinsam von der Metropolregion Rhein-Neckar, ihren staatsvertraglich verbundenen Trägerländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie dem Bund/BMI initiierte Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ gilt heute deutschlandweit als ein Vorreiterprojekt in Bezug auf die ebene- und verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit in den Bereichen der Entbürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung des E-Government, mit einem besonderen Fokus auf den Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung. (vgl. u.a. Kurztgutachten von Bird & Bird im Auftrag des BMWV Studie zu Reallaboren 2019).

Auf der Grundlage entsprechender frühzeitiger Beschlüsse des Lenkungskreises hat die MRN bereits ab Ende 2017 das fachliche Portfolio des Modellvorhabens und damit indirekt auch das Profil des Fachbereichs Digitalisierung und E-Government der MRN auf die Umsetzung des OZG ausgerichtet. Fachlich im Fokus standen und stehen dabei drei besonders wirtschaftsrelevante Themen- bzw. Handlungsfelder (Breitband/Digitaler Straßenraum, Anlagenbetrieb/umweltrechtliche Berichtspflichten, sowie die Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen im Bereich Planen und Bauen). In den beiden erstgenannten Themen- bzw. Handlungsfeldern hat die MRN an der Seite ihrer federführenden Trägerländer die Leistungsverantwortung für die Entwicklung und Erprobung von OZG-Prozessen übernommen und ist im Bereich der OZG-Leistung Breitbandausbau aktuell dabei, diese für einen bundesweiten Rollout vorzubereiten.

Auch und gerade aufgrund ihrer aktuell sehr operativen Tätigkeit im Bereich der OZG-Umsetzung denkt die MRN schon heute über das anvisierte Zieldatum der OZG-Umsetzung (Ende 2022) hinaus. Diesbezüglich engagiert sich die MRN bereits in der laufenden Umsetzungsphase für eine noch stärkere Berücksichtigung der Anforderungen der Wirtschaft hinsichtlich einer weiteren Bündelung und höheren Automatisierbarkeit von Prozessen an den Schnittstellen von Wirtschaft und Verwaltung (vgl. Positionspapier „Über 2022 hinausdenken – OZG-Umsetzung für den digitalen Wirtschaftsstandort Deutschland nutzen“ März 2021).

2. Beschlussvorschlag

Der Lenkungskreis begrüßt und unterstützt die über die OZG-Umsetzung hinausgehende branchenorientierte Ausrichtung der MRN in Bezug auf die weitere Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen an den Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Im Hinblick auf eine bessere Operationalisierbarkeit ihrer Tätigkeiten orientiert sich die MRN an den vorhandenen digitalen Infrastrukturen der Kooperationspartner.






Digitalisierung in Planen und Bauen

Ausgewählte Schaubilder zum Sachstandsbericht vom 23.3.2021

- Übersicht
- OZG-Leistungen im Themenfeld (Übersicht)
- Projekt „Virtuelles Bauamt“ (Einordnung)
- Projekt „Virtuelles Bauamt“ (Grundprinzip einer plattformbasierten IT-Lösung)
- Zitat/Einschätzung Plattformansatz NKR BW
- Reallabor Digitales Planen und Bauen (Akteurs-Treffen 2019)
- Prozessmodell Baugenehmigungsverfahren (Zusammenwirken mit Kammer-Register)
- Prozessmodell Baugenehmigungsverfahren (Technische Spezifikation)
- Mitglieder des AK Virtuelles Bauamt (26 untere und 3 obere Baubehörden)
- Mitglieder des AK Entwurfsverfahren / Bauwirtschaft (Logos der Kammern und Verbände)
- OZG-Lösung Mecklenburg-Vorpommern (Einfaches Funktionsmodell)
- OZG-Lösung Mecklenburg-Vorpommern (Mit- bzw. Nachnutzung)
- Genehmigungsprozesse der BASF am Standort Ludwigshafen am Rhein 1/2 (Mengengerüst)
- Genehmigungsprozesse der BASF am Standort Ludwigshafen am Rhein 1/2 (Stand der Technik)
- Handlungsfeld Digitales Planen und Bauen der MRN (Übersicht / BigPicture)
- Innovationspreis Reallabore 2020 des BMWV (Handlungsfelder / Zielbild)
- Entwicklungsstufen der Verwaltungsinformatik (Hypothese)
- Digitales Planen und Bauen (Prognose 2025)

10.02.2020 Metropolregion Rhein-Neckar

Die Metropolregion Rhein-Neckar als länderübergreifender Innovations- und Erprobungsraum für kooperatives und branchenorientiertes E-Government

Kurzprofil des Fachbereichs Digitalisierung und E-Government

(Stand 26.7.2020)

Inhalt:

- Gegenstand des Dokuments, fachliche Einordnung und Fokus
- Kurzbeschreibung / Nutzen der vier strategischen Handlungsfelder des Fachbereichs
- Kurzbeschreibung / Nutzen laufender Projekte (Auswahl)
- Ansprechpartner und weiterführende Informationen / Dokumente



Ende 😊